

Pressemitteilung



Stellungnahme des BPhD zum EuGH-Urteil C-148/15 und den derzeit diskutierten Reaktionen der deutschen Politik

Bundesverband der
Pharmaziestudierenden
in Deutschland e.V.

Postfach 08 04 63
10004 Berlin

presse@bphd.de
www.bphd.de

Berlin, 28.11.2016

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln hält die Apothekerschaft in Atem, aber auch der BPhD als Interessenvertretung der Pharmaziestudierenden und somit als Zukunft der Apothekerschaft in Deutschland möchte sich an dieser Stelle zu den Entwicklungen des deutschen Arzneimittelmarktes äußern.

Am 12. November nutzten wir die Gelegenheit auf der 121. Bundesverbandstagung des BPhD e.V. gemeinsam mit Studierenden der Pharmazie aus ganz Deutschland über das Urteil gegen das deutsche Apothekenwesen zu diskutieren.

In seinem Urteil vom 19. Oktober ist der Europäische Gerichtshof einer klar ökonomisch orientierten Argumentation gefolgt. Mit der Entscheidung, dass ausländische Versandapotheken zukünftig das Recht haben, Boni auf rezeptpflichtige Arzneimittel zu geben, werden ganz deutlich wirtschaftliche Interessen der EU über die gesundheits- und versorgungspolitischen Interessen gestellt. Hieraus ergibt sich ein klarer Nachteil für inländische Apotheken, der aus unserer Sicht durch die Argumentation des EuGH nicht rechtfertigbar ist. Vielmehr wird hierdurch die individuelle pharmazeutische Betreuung vor Ort massiv gefährdet und stellt somit eine nicht hinnehmbare Situation für die Apotheken dar. Hinzu kommt, dass die Tatsache, dass Patienten durch das Einlösen von Rezepten Geld verdienen können, Hohn für unser Gesundheitssystem ist und unter anderem zu Arzneimittelmisbrauch in Form von illegalem Handel führen kann. Deshalb ist eine logische erste Konsequenz, die Beschränkung des Versandhandels auf rezeptfreie Medikamente.

Eine mögliche Alternative zu einer solchen Beschränkung, ist der Fall der Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV), da sowohl deutsche Versandapotheken als auch Offizinapotheken gegen die hieraus entstandene Inländerdiskriminierung vorgehen werden. Zudem grassiert die Angst vor einer Höchstpreisverordnung und Rabattverträgen zwischen einzelnen Apotheken und Krankenkassen als Folge. Hiermit würde sich das Apothekenwesen endgültig einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterwerfen und somit kleine Apotheken in ländlichen Gebieten jegliche Chancen nehmen, die flächendeckende Versorgung weiterhin zu gewährleisten. Bereits jetzt

Bundesverband der Pharmaziestudierenden in Deutschland BPhD e.V.

Postfach 08 04 63
10004 Berlin

Bankverbindung:
Deutsche Apotheker- und Ärztebank
IBAN: DE71300606010003608735
BIC/SWIFT: DAAEEDXXX

liegt die Apothekendichte in Deutschland unterhalb des EU-Durchschnitts und die Apothekenzahlen sind rückläufig.

Nichtsdestotrotz wirft das Urteil auch einmal mehr die Frage auf, warum der Fokus in Apotheken noch nicht ausreichend auf die pharmazeutische Betreuung und die Entlohnung von pharmazeutischen Dienstleistungen gelenkt wird. Denn auch wenn ein Versandhandelsverbot mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln eine kurzfristige ordnungspolitische Lösung sein kann, müssen Apotheker langfristig ihre Kompetenz als Arzneimittelexperte herausstellen und die Politik die Rahmenbedingungen für patientenorientiertere Pharmazie in öffentlichen Apotheken schaffen, in denen AMTS-Management und individuelle Betreuung zur selbstverständlichen Honorarleistung werden.

Nur auf diese Weise kann man zukunftsorientiert Patienten an die Vor-Ort-Apotheke binden und die Gesellschaft davon überzeugen, dass Apotheken eine wichtige Säule unseres Gesundheitswesens sind. Allein eine Preisbindung und ordnungspolitische Maßnahmen werden für die Zukunft der Apotheken nicht ausreichen. Eines ist uns auf der Bundesverbandstagung klar geworden: Die Unsicherheit bezüglich der Zukunft der öffentlichen Apotheke ist unter den Pharmaziestudierenden groß. Deshalb wünschen wir uns ebenso wie die Apothekerschaft Planungssicherheit für unsere Zukunft.

Wir appellieren an alle Beteiligten, den Patienten auch weiterhin in den Mittelpunkt aller Überlegungen und Handlungen zu stellen, in den Kampf um Rezeptboni nicht einzusteigen und die pharmazeutische Kompetenz von Apotheken in Zukunft noch stärker in die Gesellschaft zu tragen.

Weitere Informationen unter www.bphd.de.

Ansprechpartner:

Friederike Zühl, Präsidentin des BPhD e.V., president@bphd.de

Julia Lanzenrath, Beauftragte für Internet und Presse des BPhD e.V., presse@bphd.de

Mit freundlichen Grüßen,

Julia Lanzenrath

Beauftragte für Internet und Presse
des BPhD e.V.

presse@bphd.de | internet@bphd.de |

www.bphd.de

